

An
Herrn Oberbürgermeister Markus Pannermayr
sowie alle Stadträte der Stadt Straubing

Straubing, 31.10.2021

Betreff: Offener Brief an die Straubinger Bürgermeister und Stadträte zum (vorläufigen) Ende der Petition
„Kein 5G-Mobilfunk in Straubing – Für ein gesundheitsschonendes Mobilfunk-Konzept für SR“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Pannermayr, sehr geehrter Herr Bürgermeister Solleder, sehr geehrter Herr Bürgermeister Schäfer, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

ich richte mich mit diesem Offenen Brief heute nochmals an Sie alle, weil die von mir initiierte Petition für ein gesundheitsschonendes Mobilfunkkonzept für Straubing in Verbindung mit einem 5G-Moratorium nach 12 Monaten Laufzeit (vorerst) zu Ende gegangen ist.

Die Corona-Einschränkungen haben über ca. zwei Drittel der Petitionslaufzeit einen direkten Kontakt zu den Mitbürgern unmöglich gemacht. Dennoch sind 504 Unterschriften besorgter Bürger zusammengekommen. Mit Stand heute haben 271 Bürger der Stadt Straubing unterschrieben. Der Rest kommt zum größten Teil aus dem Landkreis.

Die große Frage, die sich nun natürlich stellt, ist, ob es aufgrund der Petition zu einer erneuten Behandlung des Themas im Stadtrat bzw. dem zuständigen Ausschuss kommen kann.

Mir ist bekannt, dass für einen Bürgerantrag 1% der Einwohner unterschreiben müssen. Das entspricht für Straubing also etwa 476 Unterschriften. Es gibt jedoch 3 Hauptaspekte, die m.E. dafür sprechen, das Thema trotz der ca. 205 noch fehlenden Unterschriften erneut zu behandeln:

1. Veröffentlichung einer umfassenden Meta-Studie der EU im Juni 2021, die u.a. aufgrund der fehlenden Daten- und Studienlage zu 5G als Schlussfolgerung b.a.w. **ein 5G-Moratorium fordert. Die Studie stammt von der „STOA“ - einem Ausschuss des Europaparlaments, der sich mit Wissenschaft und Technikfolgenabschätzung beschäftigt.** Insofern sollte die Studie als seriös eingeschätzt werden können. Eine Art „Management-Zusammenfassung“ der Studie können Sie dem folgenden Artikel der „diagnose:funk“ Website entnehmen: <https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail?newsid=1740>. Als Folge dessen ist der bisherige Standpunkt des Bundesamts für Strahlenschutz, dass nicht-thermische Effekte nicht nachweisbar seien, damit offensichtlich kaum noch haltbar.

2. Unfairer Ablauf der Ausschuss-Sitzung um den Antrag von Herrn Stadtrat Hahn: Ich war in der Sitzung vom 12.04.21 persönlich als Zuschauer anwesend und habe miterleben müssen, dass der von Herrn Hahn vorgesehene Referent nicht auf der Agenda Platz gefunden hatte. Es sei an dieser Stelle dahingestellt, ob dies tatsächlich einfach nur dumm gelaufen oder vielleicht doch darauf zurückzuführen ist, dass die geladenen Referenten den direkten Diskurs mit Vertretern von diagnose:funk scheuen. **Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Sitzungsteilnehmer nur Experten hören konnten, die den Status-Quo befürworten** und dass das Abstimmungsergebnis mit 11:13 gegen den Antrag von Herrn Hahn kaum knapper hätte ausfallen können. Die m.E. sogar grobe Unfairness resultiert daraus, **dass niemand da war, der genug Experten-Knowhow besaß, um auf die Aussagen der geladenen Referenten ad-hoc und fachlich fundiert nochmal Rückantwort geben zu können.** Die Annahme liegt sicher nicht fern, dass der ein oder andere Stimmberechtigte vielleicht doch noch für Herrn Hahns Antrag gestimmt hätte, wenn es zu einem entsprechenden fachlichen Diskurs gekommen wäre. Entsprechend sollte es sich von selbst verstehen, dass bei einer Neuauflage dieses Themas ein Referent der kritischen Seite anwesend sein müsste.

3. Sollten Sie meinen Antrag auf erneute Behandlung zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der noch fehlenden Unterschriften ablehnen, werde ich unabhängig vom jetzigen Petitionsende mit der Unterschriftensammlung fortfahren bis die benötigten Stimmen zusammengekommen sind. Diesen Entschluss habe ich gefasst, weil ich während der bisherigen Sammlung sehr viel positiven Zuspruch von

den Unterstützern erfahren habe. Ich kann Ihnen versichern, dass sich die allermeisten Unterstützer direkt gefreut haben, für diese Sache unterschreiben zu können und dass überwiegend keine nennenswerte Überzeugungsarbeit oder Überredungskunst meinerseits notwendig war. Diese Leute hatten sich zuvor bereits mit dem Thema auseinandergesetzt.

In Anbetracht all dieser Aspekte wäre es m.E. ein unnötiger Zeitverlust, die erneute Behandlung auf die lange Bank zu schieben. Es ist m.E. nicht zu erwarten, dass sich die Erkenntnislage in den nächsten 4 – 8 Monaten (dem ungefähr erwarteten Sammlungszeitraum) gravierend gegenüber der STOA-Studie ändern wird.

Mit der Petition ist ja als Ziel nicht nur ein 5G-Moratorium verbunden, **sondern auch die Hinzuziehung eines Sachverständigen**, der quasi die Bürgerinteressen im Sinne des Verbraucherschutzes bzw. der **Strahlenminimierung** vertritt und somit ein Konzept für die Stadt Straubing erstellt. Ebenso soll er die künftigen Vorhaben der Mobilfunkindustrie rechtzeitig – also im Rahmen der Einspruchsfrist - begutachten und gegebenenfalls das (höchstrichterlich gesicherte) Dialogverfahren unterstützen bzw. betreiben können. In diesem Zusammenhang muss ich leider feststellen, dass der von Herrn Stadtrat Lermer am 12.04.21 eingebrachte (und auch genehmigte) Antrag, dass die Stadt den 5G-Ausbau **nicht aktiv betreibt**, unterm Strich keine geeignete Verbesserung im Sinne der Gesundheitsvorsorge darstellt. Er trifft m.E. keinerlei Aussage darüber, inwiefern sich die Stadt mit künftigen Vorhaben der Mobilfunkindustrie auseinanderzusetzen gedenkt. Ich hege daher die Befürchtung, dass der Antrag sogar kontraproduktiv war, denn er lässt der Mobilfunkindustrie offensichtlich im Grunde freie Hand beim weiteren Ausbau. Schließlich ist es ganz offensichtlich erforderlich, hier auch noch etwas längerfristiger zu denken, denn die Entwicklung hört ja mit dem aktuell bereits vorhandenen Ausbau nicht auf (Stichwort z.B. Sendeanlagen in Straßenlaternen, 6G usw.)

Bezüglich des Mobilfunk-Konzepts habe ich jedenfalls bei diagnose:funk nach einer groben Hausnummer bzgl. der Kosten nachgefragt. Herr Gutbier meinte, es läge unter 10.000€. Das sollte m.E. jedem die Gesundheit der Straubinger Bürger wert sein. Außerdem stellt es auch den logisch nächsten Schritt dar, nachdem die Stadt ja bereits Geld ausgegeben hat, um den Status-Quo zur Mobilfunk-Abdeckung zu ermitteln. Das zu erstellende Konzept könnte sicherlich auch auf diesen Ergebnissen aufbauen, und würde somit eine gewisse Art von „Investitionsschutz“ für die bereits ausgegebenen Mittel darstellen.

Zu guter Letzt möchte ich noch darauf hinweisen, dass es ein **enormes Aufklärungsdefizit in allen Altersschichten** zu den Möglichkeiten der **individuellen Reduktion der Strahlenbelastung** bei der Nutzung bzw. Vermeidung von WLAN und mobilen Endgeräten gibt. Selbst das BfS empfiehlt auf seiner Homepage einen sorgsamen Umgang (siehe den Abschnitt „Individuelle Exposition senken“ auf <https://www.bfs.de/DE/themen/emf/kompetenzzentrum/mobilfunk/schutz/smartphone-tablet.html>).

Dieses Thema ist sicherlich mindestens genauso wichtig wie die Strahlenminimierung durch die Mobilfunkmasten. **Das Gute daran ist, dass man hier rein mit Aufklärung und ohne „Kampf gegen politische und juristische Windmühlen“ unheimlich viel erreichen könnte.** Die Schulen sollten dabei m.E. sofort eine zentrale Rolle einnehmen. Hier könnten z.B. entsprechend geschulte Lehrer oder Tutoren in Verbindung mit geeigneten Aufklärungsfilmern die wichtigsten Aspekte abdecken. Darüber hinaus sollten eventuell vorhandene Bestrebungen, WLANs an den Schulen einzuführen, sofort zurückgefahren und durch alternative Lösungen ersetzt werden. Für beide Aspekte (d.h. Aufklärung und WLAN-Alternativen) könnte sich die Stadt durch entsprechende Sachverständige sicher recht schnell erste Grob-Konzepte erstellen lassen, die dann in Zusammenarbeit mit den Schulen verfeinert und schließlich ausgerollt werden könnten und sollten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Über eine baldige Rückmeldung würde ich mich sehr freuen! Gegebenenfalls würde ich Ihnen die gesammelten Unterschriften natürlich gerne im Rahmen einer Stadtrats- oder Ausschusssitzung übergeben.

Mit freundlichen Grüßen,

Stephan Bauer
e-Mail: stephan.bauer@gmx.com
Tel.: 09421/310874